Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit am 06.12.2017
Ausnahmen von der Abstandsregelung beim Verbot von Mehrfachkonzessionen bei Spielhallen
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 05.09.2017

Zu den Fragen wird wie folgt Stellung genommen (Stand 10.11.2017):

1. Wie viele Anträge auf Befreiung vom Verbot der Mehrfachkonzession sind bisher eingegangen?

Alle derzeit vorhandenen 25 Mehrfachkomplexe haben einen entsprechenden Antrag eingereicht.

2. Wie viele Anträge auf Befreiung von der Einhaltung des Mindestabstandes sind bisher eingegangen?

In Nürnberg gibt es derzeit 144 Spielhallen an 99 Standorten. Davon unterschreiten 80 Spielhallen (Einfach- und Mehrfachspielhallen) den Mindestabstand für bestehende Spielhallen von 250 m (Art. 9 Abs. 3 Satz 1 AGGlüStV). Diese Spielhallen wurden vom Ordnungsamt entsprechend angeschrieben. Alle Spielhallen haben einen Antrag auf Befreiung und/oder Erteilung einer Ausnahme gestellt.

3. Ist den Anträgen nach der Härtefallprüfung stattzugeben?

4. Welcher Definition liegen die „unbilligen Härten“ zugrunde?

Eine Befreiung kann sowohl vom Verbot der Mehrfachverbundes als auch vom Mindestabstandsgebot erteilt werden, wenn dies zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich ist (§ 29 Abs. 4 Satz 4 GlüStV). Eine Befreiung darf nur erteilt werden, wenn die Gesamtzahl der Geld- und Warenspielgeräte in den in einem baulichen Verbund untergebrachten Spielhallen 48 nicht überschreitet und ein Konzept zur weiteren Anpassung vorgelegt wird (Art. 12 Satz 1 AGGlüStV). Eine Befreiung kann bis längstens 30.06.2021 (Außerkräfttreten des Glücksspielstaatsvertrags) gewährt werden (Art. 12 Satz 3 AGGlüStV).

Ob eine unbillige Härte vorliegt, ergibt sich aus der Abwägung einerseits der Ziele des Glücksspielstaatsvertrags und andererseits dem Vertrauensschutz des Betreibers auf den Fortbestand der gewerbe- und baurechtlichen Erlaubnis, seiner vor dem 28.10.2011 getätigten Investitionen (einschließlich abgeschlossener Miet- oder Pachtverträge) und der zu erwartenden wirtschaftlichen Belastung im Licht seines Grundrechts auf Berufsfreiheit (Art. 12 GG). Nach den Vollzugshinweisen des Staatsministeriums des Innern (StMI) vom 16.12.2016 bestehen im Hinblick auf die vor dem 28.10.2011 getätigten Investitionen keine Bedenken, eine unbillige Härte anzunehmen, wenn die Höchstzahl von 48 Geräten im baulichen Verbund nicht überschritten wird. Die Art und Höhe berücksichtigungsfähiger Investitionen wird weder in den Vollzugshinweisen noch in anderen Erklärungen ausgeführt. Die Städte München, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt und Nürnberg haben deshalb auch keine eigene Festlegung zur Berücksichtigungsfähigkeit von Investitionen getroffen. Anerkannt werden alle in der Spielhalle getätigten Investitionen, die in der Summe die Geringfügigkeit übersteigen.

Die Vollzugshinweise lassen anstelle einer quantitativen Anpassung, d.h. der Reduzierung bis auf maximal 12 Geräte, auch folgende qualitativen Maßnahmen zu, mit denen die Gefährlichkeit der Geldspielgeräte reduziert werden soll:

- Verlängerung der Sperrzeit auf mindestens 6 Stunden (was Nürnberg und anderen Städten bereits durch städtische Verordnungen gegolten hat und was seit 01.08.2017 in ganz Bayern gilt,
- Möglichkeit zur Selbstsperrung auf Antrag des Spielers in der Spielhalle. Auf die Möglichkeit muss der Spieler in der Spielhalle deutlich hingewiesen werden (was pathologische Spieler in der Regel nicht tun),

- Betreuung der Spieler durch psychologisch geschulte Spielerschutzbeauftragte oder alle Mitarbeiter der Spielhalle nach externer Schulung sowie vom Spielhallenbetreiber beauftragte Testkäufe zur Mitarbeiterkontrolle,
- Zutrittsverbot für Personen unter 21 Jahren (was viele Spielhallen bereits jetzt machen).

Werden qualitative und quantitative Maßnahmen kombiniert, sind nur zwei der vier qualitativen Maßnahmen erforderlich. Auflage für jede Befreiung, auch bei Befreiungen vom Mindestabstandsgebot, ist, dass sich der Betrieb durch eine unabhängige Prüforganisation zertifizieren und alle zwei Jahre unangekündigt auditieren lässt. Befreiungen sollen die Frist bis zum Außerkrafttreten des GlüStV am 30.06.2021 regelmäßig ausschöpfen. Wird Mehrfachspielhallen eine Befreiung erteilt, soll dies auch von der Einhaltung des Mindestabstands befreien.

Aufgrund dieser Regelungen in den Vollzugshinweisen wurde bisher nur ein Antrag auf Befreiung abgelehnt. In 46 Fällen wurden bereits Befreiungen erteilt.

5. Welche Auswirkungen sind in Nürnberg durch die Ausnahmeregelung zu erwarten? Wie wird sich die Anzahl der Spielhallen entwickeln im Stadtbild?

Eine Ausnahme kann nur vom Mindestabstandsgebot unter Berücksichtigung der Verhältnisse im Umfeld des jeweiligen Standorts und der Lage des Einzelfalls zugelassen werden (Art. 9 Abs. 3 AGGlüStV). Die Ausnahme ist unabhängig vom Vorliegen eines Härtefalls und gilt im Gegensatz zur Befreiung unbefristet. Die Vollzugshinweise enthalten keine Ausführungen zum Mindestabstandsgebot und der Ausnahmegewährung.

Ca. 90% der Spielhallen mit Abstandsverstoß haben zusätzlich zur Befreiung eine Ausnahmegewährung beantragt. In keinem Fall waren besondere örtliche Verhältnisse gegeben, so dass bisher keine Ausnahme gewährt worden ist.

Nach den bisher bearbeiteten Anträgen ist damit zu rechnen, dass fast alle Spielhallen, die eine Befreiung wegen besonderer Härte beantragt haben, diese befristet bis 30.06.2021 und mit der Auflage zur Zertifizierung erhalten, und es Ausnahmen vom Mindestabstandsgebot nur in wenigen besonderen Einzelfällen geben wird.

Seit Inkrafttreten des Glücksspielstaatsvertrages ist in Nürnberg keine neue Spielhalle hinzugekommen. Dies liegt auch an der strikten Handhabung des Mindestabstandes, der für neue Spielhallen seit 01.08.2017 500 m beträgt, und des Vergnügungsstättenkonzeptes.

Daraus ergeben sich folgende Auswirkungen:

- Die Anzahl von derzeit 144 Spielhallen wird bis 30.06.2021 nicht signifikant abnehmen.
- Die Anzahl der dort vorhandenen Geldspielgeräte (ca. 1400) wird sich voraussichtlich nur geringfügig verringern. Lediglich die beiden größten Mehrfachspielhallen müssen ihre Geldspielgeräte um 20 bzw. 10 Geräte auf 48 Geräte reduzieren. Die restlichen Spielhallen könnten bei Erfüllung aller qualitativen Maßnahmen die vorhandenen Geldspielgeräte belassen.
- Durch die strikte Handhabung des Mindestabstandes und des Vergnügungsstättenkonzeptes ist damit zu rechnen, dass keine neue Spielhalle hinzukommen wird.
- Bis auf 13 Einfachspielhallen ohne Abstandsverstoß müssen alle Spielhallen eine Zertifizierung und zweijährige Auditierung nachweisen.

Nürnberg, 13.11.2017
Ordnungsamt

(5322)

(5330)